

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Preizzeile oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 1      Fernruf 179.      Wildbad, Montag, den 3. Januar 1921      Fernruf 179.      55. Jahrgang

### Die Reichswehr 1921.

Am 1. Januar 1921 wird der Umschmelzungsprozeß der Reichswehr sein Ende gefunden haben. Nur wenige wissen, was es unter heutigen Verhältnissen heißt, undertausende von Menschen aus einem ihnen lieb gewordenen Beruf gewaltsam zu enternen und sie einer neuen Lebensaufgabe zuzuführen. Die junge Reichswehr geht bei diesem nun vollzogenen Umschmelzungsprozeß in hohem Maß von Zucht und Ordnung an den Tag, was beweist, daß ihr die wichtigste Eigenschaft jedes Heeres, die Disziplin, nicht verloren gegangen ist. Acht Millionen Deutsche hatten zuletzt im Krieg Waffen getragen, rund 800 000 Mann, d. h. nicht nur ein Zehntel, hatte die Friedensstärke der deutschen Armee betragen. Heute zählt die Reichswehr gemäß dem Diktat von Versailles nur mehr 100 000 Mann, d. h. etwa so viel Köpfe als das frühere bundesstaatliche Kontingent Bayerns allein betragen hatte.

Die Reichswehr ist eine völlig neue Schöpfung, keine Umbildung des alten Heeres. Im Wesentlichen ist sie aus jenen Freiwilligenverbänden entstanden, die nach dem Waffenstillstand unsere deutsche Ostgrenze gegen weitere Raubzüge der Polen verteidigt hatten. Eine Stärke von 300 000 Mann hätte man als Übergangsheer des deutschen Heeres für notwendig. In Versailles wurde schließlich die Rückführung des im Sommer noch rund 50 000 Köpfe betragenden Heeres zum 1. April 1920 auf 100 000 Mann gefordert. Dieser Termin war nicht einzuhalten; in Spa wurde er dann bis zum 1. Januar 1921 verlängert.

Das 100 000-Mann-Heer ist nun so gebildet, wie es die Bestimmungen des sogenannten Versailler Friedensvertrags wollten. Es zählt 7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen. Neben dem Reichswehrministerium sind oberste Kommando- und Verwaltungsstellen sind noch höhere Befehlsstellen: die Reichswehrgruppenkommandos I in Berlin und II in Kassel vorgelesen, die unseren früheren Armeekorps verglichen werden können. Den beiden Reichswehrgruppenkommandos stehen die 7 Wehrkreis-Kommandos oder Infanteriedivisionen und die 3 Kavallerie-Divisionen.

Wohin Garnisonen gibt es nicht. Mehr als ein Infanteriebataillon findet sich in keiner Stadt. Vielfach sind sogar die Bataillone in Halbbataillone zerlegt worden, um den Wünschen möglichst zahlreicher Städte, die die Garnisonen eine Garnison hatten, entsprechen zu können. Groß-Berlin, das vor dem Krieg zusammen mit dem eine Garnison von etwa 30 000 Mann besaß, hat nur noch eine Garnison in Potsdam.

Umbildung der Divisionen, ja selbst die Zusammensetzung aller Stäbe bis hinauf zum Reichswehrministerium ist uns durch den Feind vorgeschrieben. Jede Infanterie-Division zählt 3 Infanterie-Regimenter (mit 4 Bataillonen und 1 Ersatzbataillon und einer Pionierkompanie. Jedes Bataillon hat eine Maschinengewehrkompanie, 1 Feldartillerieregiment zu 3 Abteilungen, die Abteilung zu 3 Batterien, 1 Pionierbataillon Nachrichten-, Fah-, Kraftfahr- und Sanitätskompanien.

Die auf die 7 Wehrkreise verteilten Kavallerie-Divisionen zählen 9 Regimenter, die von der Entente abgelehnt ohne Brigadeführer gelassen wurden, ferner eine reitere Abteilung Feldartillerie und ein paar Sonderformationen.

Schwere Artillerie, Flugzeuge und Tanks — kurz die Namen modernen Waffen hat man uns absichtlich vorenthalten.

In den Ausbildungsstätten nahm man uns den Generalstab die Kriegsakademie; gestattet sind uns nur sogenannte Lehren.

Unverträglich noch als der Verzicht auf die technischen wissenschaftlichen Freiheiten im Heer ist das uns aufgezwungene Wehrsystem, das uns ein Soldnerer und zwölftägiger Dienstpflicht vorschreibt. Dieses System kostet für das 100 000-Mann-Heer nicht nur mehr als das seinerzeitige 800 000-Mann-Heer, sondern es auch auf die Dauer unerträglich, da das uns aufgezwungene System die große Gefahr in sich birgt, daß das Heer ein Fremdkörper im Volk werden kann. Das

von allen deutschen Parteien geforderten Milizheer wird uns absichtlich vorenthalten.

Die Verfassung von Weimar übertrug dem Reichspräsidenten die oberste Kommandogewalt, während die Festsetzung der Rechte und Pflichten des Soldaten durch besonderes Gesetz — das Wehrgesetz — bestimmt werden sollte, das zurzeit noch die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs beschäftigt.

Das Gesetz sieht die vollkommene Einheitlichkeit des deutschen Heereswesens vor. Die Kommandogewalt muß also unumschränkt beim Reich liegen, der Eigenart und Sonderbedürfnisse der Bundesstaaten soll ein Reihe von sogenannten Konzessionen Rechnung tragen. Das Wehrgesetz sieht ferner die völlige Entpolitisierung des Heeres vor, in dem weder ein politisches Koalitions- noch ein Streikrecht geduldet werden kann.

In Deutsch-Österreich hat man dem Heer das politische Koalitionsrecht gewährt, und die Folge ist, daß sich dort in der Volkswehr eine sozialdemokratische und eine christlich-soziale Soldatengewerkschaft einander gegenüberstellen.

Was dem Heer an Zahl und äußerer Stärke fehlt, muß durch innere Tüchtigkeit ersetzt werden. Das Maß aber an innerer Tüchtigkeit an heiligem Willen und atemlosem Schaffen, das kann uns kein Paragraph des Friedensvertrags nehmen. (Hamb. Fremdenbl.)

Nach dem „Berl. Tagebl.“ ist es nicht gelungen, zum 1. Januar 1921 die volle Zahl der Reichswehr von 4000 Offizieren und 100 000 Mann, wozu letztere sich für 12 Dienstjahre verpflichten müssen, einzustellen. In Bayern und Ostpreußen fehlen je etwa 2000 Mann, im ganzen Reich etwa 10 000 Mann, so daß die Reichswehr vorläufig nur eine Stärke von 90 000 Mann besitzt.

### Deutschlands Geschützablieferungen.

Paris, 31. Dez. Der neue Kriegsminister Raberti veröffentlicht eine Statistik über die Anzahl der bis heute von Deutschland abgelieferten Artilleriegeschütze. Danach hat Deutschland an die Ueberwachungskommission 30 495 Geschütze abgeliefert. Bei Gelegenheit des Waffenstillstandes mußte es 6700 Kanonen dem Gegner überlassen und im Augenblick befinden sich ungefähr 3000 bis 4000 Geschütze auf dem Weg der Ablieferung. Daher wird in absehbarer Zeit die Zahl der Geschütze die Summe von 41 000 bis 42 000 erreicht haben.

### Noten über die Sicherheitswehr.

Berlin, 2. Jan. WTB. veröffentlicht jetzt erst die in barschem Ton gehaltene Note des Vorsitzenden der Verbands-Ueberwachungskommission, General Rollet, vom 23. Dezember 1920 an das Auswärtige Amt, in der die sofortige vollständige Auflösung der Sicherheitspolizei gefordert wird. Die sogenannte Ordnungspolizei sei nichts anderes als die Sicherheitspolizei, verstärkt um einen Teil der früheren blauen Polizei. Das sei eine Verletzung des Friedensvertrags und der Note von Boulogne. Außerdem verlangt Rollet im Anschluß an sein Schreiben vom 17. Oktober eine genaue Liste der Polizeibeamten und Angestellten in Zivil und Uniform nach Klassen und Ländern geordnet.

In der Antwort vom 24. Dezember protestiert Reichsminister Simons gegen die „Feststellung“, die deutsche Regierung habe den Vertrag von Versailles oder die Note von Boulogne (nach der Zusammenkunft Mitterands und Lloyd Georges daselbst) verletzt. Nach langen Verhandlungen habe die Regierung erst Anfang Oktober Klarheit darüber erhalten, was nach Ansicht der Ueberwachungskommission zu geschehen hätte, um den Anforderungen der Note von Boulogne zu genügen. Die inzwischen getroffenen Anordnungen entsprechen der Note und dem Friedensvertrag in jeder Hinsicht. Die Umbildung eines so großen Beamtenkörpers brauche Zeit. Die Behauptung, daß die Ordnungspolizei nichts anderes sei, als eine verstärkte Sicherheitspolizei, sei unbegründet. In weiten Kreisen Deutschlands befürchte

man vielmehr, daß die Polizei in ihrer neuen Gestalt ihren Aufgaben nicht gewachsen sei. — Bei der Vorkonferenz ist, wie bereits gemeldet, gegen die Unterstellung des Vertragsbruchs Einspruch erhoben worden.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten verlangt vom Reichspräsidenten die sofortige Einberufung des Reichstags; durch das Verhalten der Reichsregierung in den Verhandlungen mit dem Verbund und durch die Verheimlichung wichtiger Noten sei es dringend notwendig geworden, daß der Reichstag seinen Einfluß zur Geltung bringe.

### Das Kreditabkommen mit Holland

Haag, 2. Jan. Der lang verzögerte Austausch der Ratifikationen des deutsch-niederländischen Kohlen- und Kreditabkommens ist im hiesigen auswärtigen Amt erfolgt.

Durch diesen Vertrag räumt die niederländische Regierung dem deutschen Reich einen langfristigen Kredit von 200 Millionen Gulden ein, wovon 60 Millionen Gulden zum Ankauf von Lebensmitteln und 140 Millionen Gulden zur Beschaffung von Rohstoffen bestimmt sind. Als Entgelt dafür übernimmt Deutschland den Niederlanden gegenüber die Verpflichtung zur Lieferung von Kohlen in einem bestimmten Umfang und gewährt auch in anderer Beziehung Vorteile für die Kohlenversorgung Hollands. Auf den Lebensmittellieferungen hat die niederländische Regierung bereits im April ds. J. zur Linderung der Notlage im Ruhrgebiet einen Vorschuß von 25 Millionen Gulden gewährt. Die restlichen 35 Millionen Gulden stehen nunmehr der deutschen Lebensmittelversorgung zur Verfügung. Der Rohstoffkredit soll in der Weise gewährt werden, daß der deutschen Industrie durch Vermittlung einer zu diesem Zweck geschaffenen Treuhändergesellschaft die Mittel zum Bezug von Rohstoffen aus dem Ausland zur Verfügung gestellt werden, wofür sie in entsprechender Höhe Fertigerfabrikate zu liefern verpflichtet ist. In dem Maß, in dem hierdurch der in Anspruch genommene Kredit jeweils erloscht wird, steht er zum erneuten Rohstoffbezug wieder zur Verfügung.

Man wird sich nicht verheßen können, daß den Vorteilen, die das Abkommen besonders vom Standpunkt unserer Finanzwirtschaft aus bietet, auch ernste Nachteile gegenüberstehen, und vielleicht wird erst der weitere Verlauf der Dinge zeigen können, was überwiegt. Jedenfalls wäre die Ansicht ganz falsch, daß die holländische Regierung sich beim Abschluß dieses Abkommens irgendwie durch Mitleid leiten ließ. Sie leitete allein das Interesse ihres eigenen Landes, und sie ließ jede Leistung nach Kräften durch Gegenleistungen bezahlen, wobei allerdings anzuerkennen ist, daß ihr Deutschlands wirtschaftliche Erholung als ein niederländisches Interesse erscheint, und daß diese Einsicht für sie vielleicht ausschlaggebend war.

### Neues vom Tage.

#### Die Eisenbahnerbewegung.

Berlin, 2. Jan. Die von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter veranstaltete Abstimmung über den Streik, im Falle der Ablehnung der Eisenbahnerforderungen durch die Regierung, hat, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, eine Mehrheit für den Streik ergeben. Die Entscheidung soll bis zum Abschluß der Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium ausgesetzt werden.

#### Die Kosten der Kanalbauten.

Berlin, 2. Jan. Im Reichsverkehrsministerium wurde in einer Besprechung mit Sachverständigen über die Beschaffung der Mittel zum Bau des Redar- und Mainkanals beraten, die auf über 3 Milliarden Mark geschätzt werden. Nach der „Tägl. Rundschau“ soll eine kapitalkräftige Gesellschaft gegründet werden, die die Ausführung übernimmt, da das Reich die Mittel nicht flüssig machen kann.

#### Anerkennung der ungarischen Kriegsanleihe.

Budapest, 2. Jan. Der ungarische Finanzminister erklärte in einer Rede, daß er den Verbündeten gegen-





Ihr auswandern wollt, so wendet euch an das Reichswanderungsamt in Berlin oder an seine Zweigstellen, (in Stuttgart: D. u. s. Ausland-Institut, Neues Schloss), dort werdet ihr zuverlässig und unentgeltlich beraten.

— **Die Reichsbrotmarken** alten Musters verlieren, worauf wir wiederholt hinweisen, mit dem 31. Dezember ihre Gültigkeit. Vom 1. Januar 1921 ab gelten nur noch die neuen kleineren Marken. Die alten Marken werden nicht umgetauscht.

— **Geereshunde.** Kasserein deutsche Schäferhunde, Rottweiler, Dobermann, Pinscher, Airedale-Terrier und Boxer mit guten Gebrauchseigenschaften werden nach wie vor zur Ausbildung in die Geereshundschule eingestellt. Besitzer solcher Hunde wollen sich an die Diensthundemeldestelle Stuttgart, Augustenstraße 108 II, Fernsprecher 1286, melden.

— **Gegen die hohen Viehpreise.** Zur Verhütung ungerechtfertigter Preissteigerungen ist Viehhändlern, Metzgern und Fleischwarenfabrikanten aus anderen Bundesstaaten der Ankauf von Vieh auf bayerischen Märkten verboten. Es haben sich nun Viehhändler daraus ergeben, daß solche Personen auf dem Markt zwar nicht laufen, aber ihn doch gemeintam mit ihren bayerischen Lieferanten. Schon dies hat Preissteigerungen bewirkt. Das bayerische Landesamt hat daher diesen Personen den Besuch bayerischer Viehmärkte auch dann verboten, wenn sie auf dem Markt nicht laufen.

— **Die Food Drafts.** Die amerikanischen Lebensmittel-Lieferanten, die ohne eigenen Geschäftsgewinn die Verwendung von amerikanischen Liebesgaben in bestimmten Paketen von 10 und 50 Dollar Wert vermitteln, haben innerhalb 8 Monaten fünf Millionen Pfund Nahrungsmittel nach Deutschland gebracht, ohne einen Pfennig aus Deutschland auszuführen und sie haben nach Deduktion der Unkosten einen Uberschuß von 9120000 M. erzielt, der den amerikanischen Quätern zur Ernährung unterernährter deutscher Kinder überwiesen wurde. Außer in Hamburg, Berlin, Dresden, Frankfurt und München besteht neuerdings auch in Stuttgart ein solches Lebensmittelwarenlager, das nun darauf wartet, Anweisungen einzulösen. Wer Freunde und Verwandte in Amerika hat, die ihm Lebensmittel senden, mache sie auf diese Einrichtung aufmerksam. Nähere Auskunft wird gerne in der Stuttgarter Geschäftsstelle der American Relief Administration Warehouse, Friedrichstraße 19A erteilt, wo auch entsprechende, an die Freunde in Amerika zu sendende Postkarten abgegeben werden.

— **Stegerwald in Stuttgart.** Am 7. Januar wird im Festsaal der Lieberhalle der preussische Wohlfahrtsminister Stegerwald über das von ihm auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Gießen entwickelte Programm zur Sammlung aller positiv staatsaufbauenden Volksschichten zu gemeinsamer Arbeit sprechen. Zu dieser Versammlung werden Karten zu 1 und 2 Mark für jedermann ausgereicht.

— **Die schwappende Reichsschuld** beträgt Ende Dezember 150,4 Milliarden Mark. Seit dem 10. Dezember hat sie sich um rund 2½ Milliarden durch Notenausgaben vermehrt.

— **Die 50 Marknoten vom 30. November 1918** verlieren vom 31. Januar 1921 an ihre Zahlungsfähigkeit. Die Einlösung der Noten bei der Reichsbank-Hauptkassa in Berlin endet mit dem 31. Juli 1921. Von da ab haben die Noten keine Gültigkeit mehr. Es empfiehlt sich, die Noten möglichst bald bei den öffentlichen Kassen umzuwechseln.

— **Reichsnoteopfer und Landwirtschaft.** Die drei Reichstagsabgeordneten des Württ. Bauern- und Weingärtnerbunds haben an die Reichsregierung eine Anfrage über die Ertragswertberechnungen zum Reichsnoteopfer gerichtet. Es wird darin gesagt, daß die Finanzämter in Württemberg willkürlich den doppelten und mehrfachen Ertragswert ansetzen, daß untergeordnete Beamte dieser Ämter sogar durch Drohungen die kleinen, mit der Gesetzgebung unbekanntem Bauern einzuschüchtern versuchen und daß zum Teil auch gegen die landwirtschaftlichen Organisationen, die ihre Mitglieder sachgemäß beraten, in häßlicher, absperrischer Weise vorgegangen werde. Nur einzelne wenige Finanzämter und ihre Beamten würden sich durch Sachlichkeit und Verständnis auszeichnen. Die Reichsregierung wird deshalb gefragt, ob sie bereit ist, anzuordnen, daß die Ertragswertberechnungen der Württ. Landwirtschaftskammer bei den Finanzämtern beachtet werden müssen und daß die Finanzbeamten sich jeder unberechtigten Kritik und schroffen Behandlung der Steuerpflichtigen zu enthalten haben. Jede Vermehrung der Verärgerung und Verbitterung der landwirtschaftlichen Kreise habe eine gefährliche Rückwirkung auf die Produktion und damit einen unheilvollen Einfluß auf unsere Ernährungswirtschaft.

— **Der Wert der Mark** in Pfennig: am 30. Dez. in Holland 7,4, Belgien 18,0, Norwegen 9,9, Dänemark 9,9, Schweden 7,7, Italien 33,2, London 7,9, Newyork 5,7, Paris 19,0, Schweiz 7,3, Spanien 8,2.

— **Schätzung der Schätzung unserer Zuderernte.** Nach dem Ergebnis einer Fabrikumfrage, welche der Verein der Deutschen Zuderindustrie, Abteilung der Rohzuderfabriken, im Dezember gemacht hat, wird die voraussichtliche Zuder-Erzeugung in der Kampagne 1920-1921 auf 1076000 Doppelzentner geschätzt, gegenüber einer Schätzung von 11558306 Doppelzentner bei der Novemberumfrage, das sind 797706 Doppelztr. weniger.

— **Der Expressautverkehr** soll nach einer Berliner Meldung erheblich eingeschränkt werden, da er allgemach eine Ausdehnung angenommen hat, die den Verkehr erschwert. Stücke größeren Umfangs, die mehr als 50 Kg. wiegen, sowie Massenanlieferungen und mangelhaft verpackte Stücke werden nicht mehr angenommen.

— **Hausdöchter für Krankenanstalten.** Der Bawische Frauenverein (Abt. III) erläßt einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen: Zur Hilfe bei den häuslichen Arbeiten in den Krankenanstalten sollen Hausdöchter angestellt werden, denen die Verrichtung der im Krankenhaus, außerhalb der Krankenzimmer erforderlichen Arbeiten im Haushalt, Küche, Wäsche- und Nähbetrieb obliegt. Als Hausdöchter können Mädchen im Alter von 15 bis 20 Jahren von sittlichem Lebenswandel und guter Gesundheit Aufnahme finden. Diejenigen Hausdöchter, die später den Wunsch haben, die Krankenpflege zu erlernen, um sich dem Schwesternverband anzuschließen, und sich zum Schwesternberuf als geeignet erweisen, werden, wenn sie das vorschrittsmäßige Alter erreicht haben, in die Schwesternschaft aufgenommen. Als Entgelt wird außer freier Verköstigung, Wohnung und völliger Bestreitung der Versicherungsbeiträge, kostenlose Ausbildung und Dienstkleidung gewährt. Nach drei Monaten erhält die Hausdöchter einen monatlichen Lohn von 50 M. steigend mit den Dienstjahren. Eltern und Fürsorgern bietet sich dadurch Gelegenheit, schulentlassene Mädchen in fürsorgliche Obhut zu bringen, die in dieser geschlossenen Organisation der Hausdöchter Schutz, Erziehung, eine gute Ausbildung und Verdienst finden.

— **Angestelltenversicherung.** Die Versicherungskarte der Angestelltenversicherung soll grundsätzlich binnen 5 Jahren nach der Ausstellung erneuert werden. Da die Erneuerung indessen, anders als die der Dienstleistungsarten der Arbeiterversicherung, keine wesentliche Bedeutung, insbesondere keinen Einfluß auf die Anwartschaft hat, gestattet die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bis auf weiteres, die alten, noch nicht ausgemühten Karten weiter zu benutzen.

**Der Erfolg der Tauchboote.**

Kapitänleutnant Despiere, der während des Kriegs mehrere Jahre dem französischen Marineministerium angehörte, tritt im „Matin“ für die Verwendung der Tauchboote ein, indem er die Wirksamkeit des deutschen U-Bootkriegs anerkennt. Marineministerium, Admiralsstab und oberster Marineamt stimmen darin überein, daß die Marinepolitik vorzugsweise ein Bauprogramm für Tauchboote verfolge, ohne die Linienfahrzeuge ganz beiseite zu schieben. Man verlange zunächst 100 Tauchboote, von denen das einzelne jetzt etwa 8-10 Millionen Franken koste. Despiere sagt, daß die Verluste durch den Tauchboottkrieg vom Februar, März, April 1917 die Mitglieder des Ministeriums mit großer Sorge vor dem Jahresausgang erfüllt haben. Hätte Deutschland durchgehalten, ohne nach dem Eintreten der Vereinigten Staaten den „Schneid“ zu verlieren, so würden die Piraten (die Deutschen) glänzende Erfolge erzielt haben. Erst wenn Frankreich 100 Tauchboote habe, könne es die Rolle einer wirklichen Seemacht spielen.

Bildbed, 3. Jan. 1921.



**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Entschlafenen

**Melchior Ocker,**  
Fischereiaufseher.

sagen wir unseren herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Stadtpfarrer für die trostreichen Worte am Grabe, dem Liederkreis für den erhebenden Grabgesang, den Herren Borgefetzten und Angestellten der Badverwaltung für die ehrende Begleitung zur letzten Ruhestätte, ferner den Trägern und allen denen, die dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben. Auch für die zahlreichen Blumenspenden sei unser tiefgefühlter Dank gesagt.

Wildbad, 3. Januar 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Anna Ocker und Kinder.**

Die Ankunft eines gesunden  
herzigen  
**Brüderleins**  
zeigen hocheifrig an  
**Elfriede und Brunhilde Gack.**  
Wildbad, Silvester 1920.

**Dr. Hans Fritz**  
**verreist.**

**Schuhwaren** verschied. Sorten  
Leder- und  
Filz-Stiefel, Hauschuhe. :: Sohlen  
und Flecken mit prima Kernleder.  
Billiger als jede Konkurrenz!  
Auch nicht bei mir gekaufte Schuhe werden repariert.  
**Fr. Kammerer, Schuhgeschäft,**  
a. d. Bergbahn.

**Turnverein**  
Wildbad.  
Heute abend 8 Uhr  
im Gasth. zur „Eisenbahn“  
**Zusammenkunft**  
der Ausschussmitglieder und  
sämtlicher Mitwirkenden bei  
der Theater-Aufführung zwecks  
Besprechung einer nochmaligen  
Aufführung.  
Der Vorstand.

Empfehle für  
**Strassen-  
und Wegbau,**  
Walz-, Fließ- und Fein-  
schotter, Gehwegkies;  
**Für Bauarbeiten:**  
Mauersteine, Betonkies,  
Mauerband.  
Anerkannt prima  
**Muschelkalk.**  
**Theodor Straub,**  
Schotterwerk,  
**Enzberg. Tel. 10.**

**Schach.**  
Dienstag abend 8 Uhr  
Café Lindenderger.  
**Deutsch demok.  
Partei.**  
Heute abend 8 Uhr  
**Ausschuss-Sitzung**  
in der „Silberburg“, betr.  
Parteitag am 6. Januar.  
Vollzähliges Erscheinen er-  
wartet der Vorstand.

**Porträt**  
-Vergrößerungen  
nach jedem Bilde fertigt  
in verschiedenen Malarten.  
**Baumann.**  
**Kaufe**  
Lumpen,  
Zeitungspapier,  
Kupfer,  
Messing,  
Blei,  
Zink u. s. w.  
zu den höchsten Preisen.  
**Durr, Zigarrenfabrik.**

**Damen- und Mädchen-  
Bekleidung.**  
Mäntel, Kostüme, Taillekleider,  
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.  
**C. Berner, Pforzheim,**  
Ecke Metzger-  
u. Blumenstr.

